



## Natürliche Ressourcen schonen, wirtschaftliche Chancen nutzen

Natürliche Ressourcen schonen, wirtschaftliche Chancen nutzen  
Deutschland soll bei der Ressourceneffizienz eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen. Bis 2020 will die Bundesregierung die Rohstoffproduktivität gegenüber 1994 verdoppeln. Ziel der gestrigen Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung war es, in Diskussion mit externen Experten weitere Impulse zur effizienteren Nutzung von Rohstoffen zu setzen. "Mit dem Wachstum der Weltbevölkerung bis 2050 von jetzt sieben auf dann über neun Milliarden Menschen und einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der Schwellenländer wird die Nachfrage nach Rohstoffen absehbar weiterhin stark zunehmen. Dies ist auch unter wirtschaftlichen und umweltbezogenen Gesichtspunkten eine große Herausforderung. Daher ist es wichtig, die Rohstoffe noch besser zu nutzen", betonte Bundesminister Ronald Pofalla, Ausschussvorsitzender und Chef des Bundeskanzleramtes. Ein zentraler Baustein hierfür ist das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm, das die Bundesregierung zusammen mit allen Akteuren weiter Schritt für Schritt umsetzt. Im Mittelpunkt der Beratungen im Ausschuss stand, wie Aktivitäten im Bereich betrieblicher Ressourceneffizienzberatung, beim nachhaltigen Bauen und bei der öffentlichen Beschaffung weiter gestärkt werden können. Die Auswertung erfolgter Beratungen etwa durch die Deutsche Materialeffizienzagentur hat ergeben, dass sich durch Beratung in großem Umfang Ressourcenkosten in Betrieben einsparen lassen. "Deshalb ist es wichtig, die betriebliche Ressourceneffizienzberatung möglichst flächendeckend anzubieten", betonte Kanzleramtsminister Ronald Pofalla und führte weiter aus: "Wir wollen hier eng mit den Ländern zusammenarbeiten." Im Bereich der öffentlichen Beschaffung arbeitet die Bundesregierung zudem daran, den sparsamen Verbrauch von Rohstoffen durch Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen zu fördern. "Ein schonender und effizienter Ressourceneinsatz trägt dazu bei, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu erhöhen, höhere Kosten für die Verbraucher zu vermeiden und gleichzeitig die Umweltbelastungen zu begrenzen", bekräftigte Bundesminister Ronald Pofalla. Deutschland zählt im Bereich der Effizienztechnologien schon heute zu den weltweit führenden Nationen. Auch künftig bieten sich der deutschen Wirtschaft hier große Chancen. Deutschlands Ressourcenpolitik soll dazu beitragen, diese Position weiter auszubauen. Der Ausschuss ist die zentrale Steuerungsinstanz für die Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Hierin sind alle Ressorts auf der Ebene der beamteten Staatssekretäre vertreten. Als externe Experten nahmen an der Sitzung teil: Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Eric Schweitzer, Präsident der Berliner IHK, Dr.-Ing. Willi Fuchs, Direktor und Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Ingenieure VDI e.V., Michael Ziesemer, Vizepräsident des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ZVEI. Weitere Informationen zur Arbeit des Ausschusses unter [www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de](http://www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de).  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstr. 84  
10117 Berlin  
Telefon: 01888 / 272 - 0  
Telefax: 01888 / 272 - 2555  
Mail: [InternetPost@bundesregierung.de](mailto:InternetPost@bundesregierung.de)  
URL: <http://www.bundesregierung.de/>

## Pressekontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[InternetPost@bundesregierung.de](mailto:InternetPost@bundesregierung.de)

## Firmenkontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[InternetPost@bundesregierung.de](mailto:InternetPost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".